Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 2677

Antrag

der Fraktion der SPD

betr. Vorlage eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse aller verdrängten Angestellten und Arbeiter, die im Gesetz zu Artikel 131 GG keine Berücksichtigung fanden.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, einen Gesetzentwurf zur Regelung der Rechtsverhältnisse aller verdrängten Angestellten und Arbeiter, die im Gesetz zu Artikel 131 GG keine Berücksichtigung fanden, bis zum 1. Dezember 1951 vorzulegen. Dabei sind folgende fünf Punkte zu berücksichtigen:

1. Auszahlung rückständiger Gehälter und Löhne für vor dem 8. Mai 1945 geleistete Arbeit, sowie für den im Jahre 1944 entstandenen Urlaubsanspruch,

2. Gewährung von entsprechenden Pauschalentschädigungen für die Nichteinhaltung der tariflichen Kündigungsfristen,

3. Zahlung eines Übergangsgeldes an die ehemaligen Angestellten von zwei Monatsgehältern,

4. Sicherung der etwa noch nicht sichergestellten Rechte aus der Sozial- und Zusatzversicherung,

5. Zwingende Empfehlung, daß die ehemaligen öffentlichen Angestellten und Arbeiter mit 10 und mehr Dienstjahren bei Bewerbungen bei neu zu errichtenden öffentlichen Dienststellen bevorzugt einzustellen sind.

Bonn, den 12. Oktober 1951

Arnholz Baur Böhm Herrmann
Schoettle Stopperich Troppenz
Ollenhauer und Fraktion

Druck Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1